

Kommentar:

Politikwechsel und Systemwandel - Indien nach den Wahlen

von Bernd Basting

Indien hat eine neue Regierung in Gestalt der hindu-nationalen 'Bharatiya Janata Party' (BJP), die mit zahlreichen Regionalparteien als Siegerin aus den letzten Wahlen hervorgegangen ist. Die Wähler des nach China bevölkerungsreichsten Landes der Erde waren der destruktiven Rankünen innerhalb der Vorgänger-Administration der 'United Front' überdrüssig und sehnten sich nach stabilen politischen Verhältnissen. Doch bekommen haben sie nun erneut eine heterogen strukturierte, fragile Vielparteien-Koalition mit der BJP im Zentrum und Atal Behari Vajpayee an der Spitze.

Das Wahlergebnis und die Sitzverteilung in der Lok Sabha auf 41 (!) Parteien markiert eine, sich schon vor zwei Jahren, andeutende radikale und substantielle Veränderung des Parteiensystems und des politischen Prozesses in Indien: Die Transformation des "dominant party system", des von einer Partei, dem 'Congress', dominierten Mehrparteiensystems, in eine Vielparteiendemokratie, in der der über Jahrzehnte herrschende 'Congress' nur eine unter vielen politischen Kräften darstellt, die potentiell die politische Macht im Land erringen können.

Ein weiterer Wandel hat sich vollzogen in puncto inhaltlicher Programmatik der Parteien. Eine solche scheint faktisch nicht mehr zu existieren oder zu diffus-abstrakten Politikvorstellungen und platt-vordergründiger Propaganda degeneriert zu sein. Die 'Congress'-Partei, in personam Sonia Gandhi, verlor sich in vorgestrigen Wortschablonen aus den Zeiten Nehrus und Indiras. Die 'United Front' vermochte es ebenfalls nicht, konturierte inhaltliche Leitlinien für ihre Politik zu formulieren. Die 'Janata Dal' - unlängst stolz in die 'Sozialistische Internationale' aufgenommen - wagte kaum sich zu artikulieren und versteckte sich kleinlaut hinter schon früher Gesagtem. Die süd-indischen Regionalparteien wie die tamilische 'All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam' (AIADMK) oder die 'Telugu Desam' (TDP) aus Andhra Pradesh prostituierten ihre ehemals auf ihren jeweiligen Bundesstaat bezogenen, kulturell, linguistisch, regionalpolitisch und regionalwirtschaftlich orientierten Inhalte zugunsten einer Teilhabe an der Zentralmacht in Delhi. Die Dalit-Partei 'Bahujan Samaj' (BSP) in Uttar Pradesh hatte es ihnen im größten indischen Bundesland ja im vergangenen Jahr bereits vorgemacht, als sie ihre eigentliche Klientel - die unteren, diskriminierten Kasten und Unberührbaren - an die Brahmanen- und urbane Mittelschichtpartei BJP veräußerte. Und die jetzt in den Nukleus der Macht gelangte BJP schließlich mußte, um Bündnispartner zu gewinnen, vielen ihrer Überzeugungen und Absichten abschwören, wie zum Beispiel die Durchsetzung eines einheitlichen, auch für die indischen Muslime geltenden, Familien- und Zivilrechts, die Veränderung des Status von Kaschmir oder den Neubau von Hindu-Tempeln auf Moscheen-Grund in Ayodhya, Kashi und Mathura. Und: Die BJP, die bis dato nur in Nord- und Nord-

westindien reüssieren konnte, verbucht plötzlich auch im Süden des Subkontinents - und dort auch in ländlichen Regionen und bei sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen - bemerkenswerte Erfolge: In Tamil Nadu und Andhra Pradesh errang sie beachtliche Ergebnisse, in Karnataka gewann sie von allen Parteien gar die meisten Mandate. Damit hat die konservative, hindu-nationale Partei das avisierte Ziel, ihre Wählerbasis geographisch wie sozial zu verbreitern, unerwartet eindrucksvoll realisiert.

Schließlich: Der indische Wahlkampf hat insbesondere mit den Massakern und Attentaten von Muslimen untereinander bzw. zwischen Hindus und Muslimen im südindischen Coimbatore im November/Dezember 1997 bzw. im Februar 1998 - am Tag des Besuchs des BJP-Wahlkämpfers Advani in der Stadt - , bei denen über 80 Menschen umgebracht wurden, eine brutal-blutige Komponente, eine vorher so nicht gekannte, neue gewaltsame Qualität erhalten. Sie könnte ein Hinweis darauf sein, daß sich die politische Kultur Indiens überhaupt zunehmend gewaltintensiver profiliert und die politische Auseinandersetzung häufiger als früher statt mit Argumenten, mit Bomben ausgetragen werden wird.

Welche Konsequenzen werden diese Veränderungen auf die demokratische politische Kultur Indiens zeitigen? Eine mutmaßlich auf Dauer angelegte Substitution der dekadenlangen Politikdominanz einer einzelnen Partei, des 'Congress', durch eine Diversifizierung des Parteienspektrums ist an sich als etwas Positives, den demokratischen Charakter des politischen Systems steigerndes zu betrachten. Aber sie hat andererseits zur Folge, daß die politische Stabilität des Landes im Innern und auch seine Berechenbarkeit und Verlässlichkeit nach außen sukzessive erodiert. Die BJP-Allianz überstand die parlamentarische Vertrauensabstimmung nur mit einer dünnen Mehrheit von 13 Stimmen - nicht gerade eine ideale Basis für längerfristiges Regieren.

Das Entstehen einer Vielfalt regierungsbeteiligter Parteien führt zwar zu einer Pluralisierung politischer Meinungen, sie hemmt allerdings eklatant die Handlungsfähigkeit einer politischen Führung, engt ihre Spielräume ein, verhindert die Formulierung wie Implementierung notwendiger und vernunftgeleiteter politischer Entscheidungen. Sie ist das Gegenteil einer Entwicklungsdiktatur, die mit starker Hand Politik machen und einen Staat in schnellstmöglicher Frist modernisieren kann. Wiewohl letzteres System-Modell für die seit über 50 Jahren existierende bevölkerungsreichste Demokratie auf dem Globus sicher vollkommen ungeeignet und unpassend wäre, bedarf Indien angesichts seiner vielen sozialen, ökonomischen und kommunalistischen Probleme, die der Bewältigung oder zumindest Moderierung harren, einer durchsetzungsfähigen, auf einer breiten Mandatsmehrheit gestützten Regierung, die sie jetzt jedoch

wieder nicht erhalten hat.

Die BJP konnte ihre nationale Bedeutung mit den aktuellen Erfolgen in den südlichen Bundesstaaten erhöhen, ist aber weiterhin von der Loyalität vieler kleinerer Regionalparteien abhängig.

Der im Wahlkampf demonstrativ geübte Verzicht auf jegliche politische Inhalte durch nahezu sämtliche indische Parteien, verwischt ihre programmatischen Profile bis zur Unkenntlichkeit. Der Wähler weiß bei keiner Partei mehr, für was sie eigentlich eintritt oder was sie ablehnt, welche Inhalte und Intentionen sie verfolgt, außer Regierungspartei zu werden. Damit einher gehen nicht nur zahlreiche willkürlich-spontane Parteiwechsel von Politikern und eine Intensivierung der Praxis des "horse trading"- des käuflichen Abwerbens von Politikern von der gegnerischen Partei zur eigenen -, sondern auch eine zunehmende Personalisierung von Politik. Diese besitzt in Indien zwar Tradition, hat inzwischen aber - das beweist der just vergangene Wahlkampf - fragwürdig-bedenkliche Dimensionen angenommen: Eine Italienerin, der jedwede politische Erfahrung abgeht, reanimiert den Mythos der Nehru-Gandhi-Dynastie, der vorher bereits Patina anzusetzen drohte, und ein Dichter-Politiker im Pensionsalter beschwört vergangene Hindu-Mythen.

Der Mangel an inhaltlicher Substanz der Parteien birgt zudem die Gefahr, das radikale Exponenten der 'Hindutva'-Bewegung, seien es Aktivisten der hindu-nationalistischen Plattform der BJP, der VHP oder der RSS, in das programmatische Vakuum hineinstoßen, das sich künftig vielleicht regende Bedürfnis des Vol-

kes nach klar-konturierten politischen Inhalten zu stillen vorgeben und mit ihrer extremen Ideologie das politische Zepter an sich reißen. Die Folgen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Indiens könnten verheerend sein.

Noch wurden die Aspirationen der rechtsextremen 'Shiv Sena', über Maharashtra hinaus nationale Relevanz zu erwerben, vom Wahlvolk abgeschmettert. Doch wie lange noch?

Hinter der Folie der erhöhten Gewaltintensität in der politischen Auseinandersetzung, wie sie in Coimbatore in erschreckender Weise zum Ausdruck kam, lassen sich auch sozio-ökonomische und soziale Antriebsfaktoren und wirtschaftliche Verteilungskämpfe vermuten. Die sozialen Spannungen und die allgemein zunehmende Brutalisierung des gesellschaftlichen Lebens in der Maske religiös oder ethnisch motivierter kommunalistischer Konflikte wurden ausgelöst durch eine im Zuge der Wirtschaftsliberalisierung nach Manchester-Manier seit 1991 entstandene wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. Diese brechen sich immer häufiger in Unruhen und sinnlosen Gewaltaktionen Bahn.

Wenn es den neu bestellten politischen Eliten in der bevorstehenden Legislaturperiode nicht gelingen wird, durch kluges und besonnenes politisches Handeln die dargestellten prekären Prozesse in der politischen Kultur Indiens im Trend umzukehren oder sie zu moderieren, ist der Zukunft des Landes mit Sorge entgegenzublicken.

